

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends.

Preis pro Quartal durch die Post bezogen 2.40 Eintragsliste Nr. 6482.

Der Proletarier

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlung- und Stellen-Anzeigen die 3 Spalten Kolonnen-Zeile 60 Geschäftsanzeigen werden nicht angenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von H. Weyh. Druck von E. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Fröll, Hannover. Redaktionsschluss: Sonnabend mittags 12 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaisstraße 7, 2. Et. — Fernsprech-Anschluss 3008.

Zur Frage der „Arbeitsunlust“.

Die Klagen über Arbeitsunlust sind seit dem Zusammenbruch des großen Krieges nicht verstummt. Wenn sie bei uns nun weniger laut zu hören sind als im vorigen Jahre, so ist das ein gutes Zeichen, — soweit Deutschland in Betracht kommt. Aber desto vernehmlicher werden solche Klagen aus dem siegreichen Ausland, besonders aus Großbritannien und Amerika. Die „Niederlage-Stimmung“ ist an dem Uebel also nicht schuld. Von arbeitserfindlicher Seite wird die Schuld an der verminderten Leistung haben wie drüben der sozialistischen und bolschewistischen Agitation zugeschrieben; auch vernimmt man nicht selten, daß der Krieg die Männer von der Arbeit entzöhnt habe. Selbst sehr kriegsfromme Leute sagen das. Die Annahme, daß die Frontsoldaten 4 1/2 Jahre lang ein Leben voll süßem Nichtstun führten, in das nur einige kleine Unglücke und Trommelfeuer Abwechslung brachten, sind ein Irrtum seitens derer, die das Glück hatten, nicht dabei zu sein. Die Krieger draußen konnten die kampffreien Pausen durchaus nicht mit Nichtstun ausfüllen, sondern sie mußten angestrengt arbeiten, schwerer als die meisten im Frieden es gewohnt waren. Die Arbeitsunlust der heimgekehrten Frontsoldaten könnte vielleicht zum Teil als Rückwirkung auf die vorangegangene Ueberanstrengung aufgefaßt werden. Viel mehr Einfluß aber hatte die seelische Zermürbung, welche die Folge der langen Abschließung der Krieger von der Außenwelt, des Massendaseins, der beständigen Ungewißheit, der immer wiederkehrenden Schrecken und Gemütserschütterungen usw. war. Die Seele hat zwar eine gewisse Elastizität, die ihr erlaubt, daß sie sich bis zu einem bestimmten Maße anpassen kann; die Spannkraft kann vielleicht gesteigert werden, um auch fremdartige Situationen zu ertragen, aber bei jedem Individuum besteht für dieses Vermögen eine Grenze, und diese Grenze wurde im Kriege bei vielen, wohl bei der Mehrzahl, überschritten. Die seelische Gedrücktheit, die sich ergab, wurde durch das Massendasein, gleich einer ansteckenden Krankheit, von einem auf den anderen übertragen, und sie konnte unmöglich gleich mit dem Eintritt der Waffentruhe allgemein schwinden. Zudem erweckte das Kriegsende bei Millionen Menschen Hoffnungen, die teils tatsächlich unerfüllbar sein mochten, teils durch eine ungeschickte Politik enttäuscht wurden. Die uralten Klänge von der Erlösung der Welt tönten laut, aber sie gingen unter in neuem Schwertgeklirr. Die Gedrücktheit der Seelen stieg, und Enttäuschung und Unlust mußten überall die Oberhand gewinnen, ganz besonders aber bei den durch den Krieg nervös heruntergekommenen Menschen. So war es auch. Dem Arbeiter kam es mit größerer Deutlichkeit als je zu Bewußtsein: du mußt weiter andern dienen! Es ist gar nicht anders denkbar, als daß solches Bewußtsein die Interesslosigkeit an der Lohnarbeit zum äußersten steigern mußte. Es trat ein wirtschaftlicher Defaitismus auf, den wieder ganz zu überwinden recht schwer sein wird — besonders solange die Staatsmänner mit so plumpen Mitteln arbeiten wie seither.

Abhilfe ist nur möglich, wenn das Leben wieder für jeden einzelnen Interesse gewinnt, wenn Wirklichkeitskann einleht und wenn jeder in seiner Arbeit Befriedigung findet. Arbeit an sich, im Sinne bloßer Muskelaktivität, vermag Befriedigung nicht zu bieten. Soll sie es, dann muß sie einen für die Person bewußten Zweck erfüllen, gut entschädigt und frei gewählt sein. Dostojewski*) schreibt in richtiger Beobachtung über die Art der sibirischen Sträflinge: „Ein freier Bauer arbeitet gewiß unvergleichbar viel mehr. Bisweilen vielleicht selbst nachts, wie namentlich im Sommer, aber er arbeitet für sich, für einen vernünftigen Zweck, und so wird es ihm unendlich viel leichter, als dem Verbannten bei seiner gewalttätigen, ihm selbst ganz nutzlosen Arbeit. Mir fiel einmal ein, daß, wenn man den Menschen vollkommen erlösen und vernichten, ihn mit einer so schrecklichen Strafe belegen wollte, daß selbst der entschuldigste Mörder erbeute und vor ihr wich, es nur darauf ankomme, seiner Arbeit den Charakter einer vollkommenen, absoluten Zwecklosigkeit und Bedeutungslosigkeit zu verleihen.“ Die Menschen von heute, sofern sie seelisch genesen sollen, müssen Gelegenheit bekommen, Arbeit zu tun, deren Zweck klar ist, die entsprechend entschädigt wird und die eine gewisse Verantwortlichkeit in sich schließt. Daß es so ist, sehen wir an dem Eifer, mit dem die angeblich so arbeitsunlustig gewordenen Lohnarbeiter nach der Fabrikarbeit in ihren Kleingärten schaffen — bis tief in die Nacht hinein. Hier sehen sie den Zweck der Arbeit! Hier haben sie Freude an dem Ergebnis! Der Gedanke, durch die Arbeit Werte zu schaffen, spielt doch wohl für die meisten Fabrikarbeiter eine geringe Rolle, sondern die Arbeit bedeutet ganz einfach eine farblose Tätigkeit zum Geldverdienen. Weil die Arbeit an sich keine Freude für den Lohnarbeiter ist, schon darum ist dauernd im Proletariat die Regung halb wach, von dieser Arbeit loszukommen. Und dieses Empfinden wird kaum mehr zu unterdrücken sein, die interesse- und freudlose Arbeit wird immerzu mit mehr oder weniger Unlust verrichtet, als Zwangsarbeit empfunden werden. Abhilfe kann nur eine Umgestaltung bringen, welche die Arbeit jedem als zweckvoll erkennen läßt und die Freude zu ihr weckt. Ein solcher Zustand ist nur bei freier kollektiver

Arbeit denkbar, die zugleich unter voller Verantwortung aller Beteiligten vor sich geht. Freie, gemeinsame und verantwortungsvolle Arbeit ist auch die erste Voraussetzung für eine wirkliche Sozialisierung der Wirtschaft. Sie gibt die Gewähr für die Erreichung höchster wie sachgemäßer Arbeitsleistung und Wirtschaftlichkeit im Interesse der ganzen Gesellschaft; sie befreit gleichzeitig jede Wirtschaftlichkeit von Kontrolle von selbst und macht jede fremde Kontrolle während der Dauer der Arbeit beherrschbar, befreit die Arbeit von dem anhaltenden Schandmale des Slavenjoches, bringt dem arbeitenden Menschen die wirkliche Freiheit innerhalb der möglichen Grenzen, die menschliches Zusammenarbeiten im voraus bedingen.

Aufruf des Internationalen Gewerkschaftsbundes.

An die Arbeiter aller Länder.

In Anbetracht des schweren Ernstes der politischen Weltlage fordert der Internationale Gewerkschaftsbund von dem organisierten Proletariat der ganzen Welt, jedem Kriege seinen unerschütterlichen Widerstand entgegenzusetzen.

Die organisierten Arbeiter der Welt haben sich gemäß den Beschlüssen der internationalen Gewerkschaftskonferenz von Bern und Amsterdam bereit zu halten, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln den Krieg zu bekämpfen und vereint vorzugehen, um den Frieden zwischen allen Völkern endgültig herzustellen.

Die Internationale der Gewerkschaften verurteilt auf Grund des Prinzips des Selbstbestimmungsrechts der Völker sowohl jedes Eingreifen Fremder in die inneren politischen Angelegenheiten eines Volkes, als auch jede den gegenrevolutionären Armeen gewährte Unterstützung.

Der Internationale Gewerkschaftsbund fordert alle Arbeiter auf, sich dagegen zu erheben und dementsprechend zu handeln.

Diesen Grundfäden entsprechend und in Anbetracht der Tatsache, daß die russische Revolution durch Polen angegriffen wurde, verlangt der Internationale Gewerkschaftsbund die augenblickliche Beendigung der gegenrevolutionären militärischen Angriffe auf Rußland und fordert für das russische Volk Garantien gegen jeden weiteren Ueberfall.

Angelehnt an die Erklärung der russischen Regierung, die feierlich den Willen ausspricht, auf der Basis der politischen Unabhängigkeit und des Selbstbestimmungsrechts des polnischen Volkes mit Polen Frieden zu schließen, erklärt der Internationale Gewerkschaftsbund, daß auf dieser Grundlage die brüdermörderische Massenschießerei aufhören muß.

Der allgemeine Weltfriede muß ehebedingst hergestellt werden, und zwar auf der Grundlage der Anerkennung der revolutionären Errungenschaften und der Unabhängigkeit der Völker!

Um dieses politische und durchaus menschliche Ziel zu erreichen, fordert der Internationale Gewerkschaftsbund alle organisierten Arbeiter auf, sich nicht als Helfershelfer des kapitalistischen Imperialismus gebrauchen zu lassen, und energisch jegliche Beförderung von Truppen und Munition zu verweigern.

Die zielbewusste Aktion der Arbeiter muß als Schutzwehr der Menschheit die reaktionäre „Heilige Allianz“ zertrümmern, die man bemüht ist, wieder aufzurichten.

Nicht ein Zug mit Munition darf verkehren, nicht ein einziges mit Kriegsmaterial beladenes Schiff den Hafen verlassen, nicht ein einziger Soldat soll weiterbesördert werden! Dem Kriege werde keine neue Nahrung zugeführt! Der Internationale Gewerkschaftsbund erklärt, daß die Proletarier aller Länder diese Aktion durchführen können und müssen.

In dem Bestreben, die Freiheiten der Arbeiter und die Entwicklung der sozialen Errungenschaften zu beschützen, und in der Ueberzeugung, daß nur der Wille der Arbeiter den Kriegen Einhalt zu gebieten vermag, fordert der Internationale Gewerkschaftsbund alle Landeszentralen auf, sich bereitzuhalten, um nötigenfalls durch Massenaktionen oder durch den Generalkrieg ihren Entschluß durchzusetzen.

Die gewerkschaftliche Internationale fordert Weobies alle Organisationen auf, Maßnahmen zu ergreifen, um in allen Ländern der Erzeugung von Kriegsmaterial ein Ende zu machen, damit endlich die allgemeine Abrüstung durchgeführt wird, die die Völker vom Militarismus — von jeglichem Militarismus! — befreien und die Steigerung der Produktivkräfte herbeiführen wird!

Kameraden! Im Jahre 1914 war unsere Organisation noch zu schwach, um sich dem Krieg zu widersetzen. Heute ist sie eine starke Macht von 27 Millionen Mitgliedern, stark vor allem, weil von einem viel entschlosseneren antikapitalistischen und antimilitaristischen, einem viel ausgesprochenen sozialistischen und revolutionären Geiste befeuert. Heute muß sie in sich selbst, in ihren eigenen Kampfmitteln, die Macht finden, der Welt die Erneuerung solcher Sünden und Grenz zu erparen! Krieg dem Krieg! Dies sei die allgemeine Losung, in der alle Arbeiter der ganzen Welt sich vereinigen!

Die Verneinerung jedweden Transports für Kriegszwecke ist heute der Ausdruck der internationalen proletarischen Solidarität! Kameraden! Der Internationale Gewerkschaftsbund zählt auf euch!

Der Internationale Gewerkschaftsbund:
H. A. Appleton, Vorsitzender. A. Souhan, 1. Vizevorsitzender.
E. Mertens, 2. Vorsitzender. Edw. Jimmen, J. Dudgeon, Sekretäre.

Den guten Willen des Vorstandes vom Internationalen Gewerkschaftsbund in allen Ehren! Jeder zieht sein Aufmaß aber zu wenig die tatsächlichen Verhältnisse in Betracht. Daß es uns in Deutschland heutiger Ernst damit ist, soviel wie möglich dazu beizutragen, damit dem Kriege zwischen Sowjetrußland und Polen ein Ende gemacht werde, beweist die allgemeine Billigung, die der Neutralitätsbeschluß der Reichsregierung gefunden hat, ein Beschluß, den in Deutschland nur die Genialpolitik auf der äußersten Rechten und auf der äußersten Linken nicht gutgeheißen haben. Ein weiterer Beweis ist der gemeinsame Aufruf, den der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands und die Kommunistische Partei Deutschlands (Spartakusbund) am 7. August erließen. Außerdem verweisen wir nach auf einen weiteren Aufruf, den der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, die beiden sozialdemokratischen Parteien Deutschlands, die Verbände der Eisenbahner und Transportarbeiter und der Hauptbetriebsrat der Eisenbahner am

25. August veröffentlicht haben. Daß das deutsche Proletariat den ernstlichen Willen hat, im Sinne dieser Aufrufe zu handeln, hat es schon durch die Tat bewiesen. Nun kommt es aber auch auf die Arbeiterschaft der westeuropäischen Länder an! Wie steht es in dieser Hinsicht mit dem französischen Proletariat? Jetzt handelt es sich nicht nur darum, Beschlüsse zu fassen, jetzt müssen auch Taten folgen!

Zu weiteren Bedenken gibt der zentrale Abschluß des Aufrufs vom Internationalen Gewerkschaftsbund Veranlassung. Danach soll „nicht ein Zug mit Munition verkehren, nicht ein einziges mit Kriegsmaterial beladenes Schiff den Hafen verlassen, nicht ein einziger Soldat weiterbesördert werden“. Das möge zunächst in Frankreich, Belgien, England und Italien durchgeführt werden. Uns Deutschen sind durch den ungeliebten „Vertrag“ von Versailles die Hände gebunden. Auf Grund dieses „Vertrages“ müssen wir dulden, daß beträchtliche Teile deutschen Bodens von Truppen der Ententemächte besetzt sind, daß diesen ausländischen Truppenteilen Ersatzmannschaften und Ausrichtungsgeschäfte zugeführt werden. Wenn nun zum Beispiel von Oberösterreich aus Ententetruppen nach Polen einmarschieren, so kann kein Deutscher sie daran hindern.

Ferner fordert der Internationale Gewerkschaftsbund „alle Organisationen auf, Maßnahmen zu ergreifen, um in allen Ländern der Erzeugung von Kriegsmaterial ein Ende zu machen“. Damit sind wir sehr einverstanden. Aber auch damit mögen die Arbeiterorganisationen der Ententeländer gefälligst Ernst machen. In Deutschland und auch in seinem Lebensgenossen Reichsteile wird die Abrüstung gründlich genug betrieben. Dagegen macht in Frankreich sich der Militarismus noch föhltimmer breit als vor 1914.

Wird nicht im Sinne unserer Forderungen verfahren, verläßt sich vielmehr der Internationale Gewerkschaftsbund lediglich darauf, daß das deutsche Proletariat „die Sache schon machen wird“, dann läuft sein Aufruf nur auf das hinaus, was nach dessen drittem Abschluß vermieden werden soll, nämlich auf ein „Eingreifen Fremder in die inneren politischen Angelegenheiten eines Volkes“. Dann entsteht die Gefahr des Gegenfalls von dem, was der Aufruf bezwecken soll, nämlich von einem Wiederaufkommen des entsetzlichen Krieges, an dessen Folgen ganz Europa noch zu leiden hat. Wo wir wünschen, daß der Aufruf befolgt werde, aber in erster Linie vom Proletariat der Ententemächte. Das deutsche Proletariat wird dann nicht zurückbleiben.

Aus der Industrie

Chemische Industrie

Der Kaliabsatz im Jahre 1919.

Wagen- und Kohlenmangel, Schichtverlängerung, verminderte Arbeitsleistung und Streiks beeinflussten den Kaliabsatz des vergangenen Jahres so, daß das Syndikat nur 8,12 Millionen Doppelzentner Kalium gegen 10 Millionen im Jahre 1918 absetzen konnte. Der Absatz in den einzelnen Salzwerken hat sich nicht wesentlich gegeneinander verändert. Von dem allgemeinen Absatzrückgang sind naturgemäß die Fabrikate, die einen vermehrten Aufwand an Kohle und Apparat bedingen, härter als die Rohsalze betroffen worden. Die nachfolgende Uebersicht weist die Unterschiede im einzelnen nach (in Doppelzentner Kalium):

	1919	1918	1913
Garnalit	49 841	37 123	68 075
Rainit	3 727 633	3 905 885	4 571 188
Kalibromsalze 20 bis 40 Prozent	2 070 813	2 814 871	3 133 672
Chloralium	2 164 353	3 126 120	2 639 999
Schwefelsaure Salze	107 384	132 644	630 760
Zusammen	8 120 024	10 016 643	11 103 694

Im Abschluß waren Ende 1919 nach Abgang der 13 elfjährigen Werke insgesamt 193 Kaliwerke beteiligt, von denen 151 die endgültige und 47 die vorläufige Beteiligung besaßen. Dazu treten 8 Sonderfabriken, so daß jetzt 206 Werke im Syndikat vereinigt sind. Die Konsolidierten Kaliwerke Westeregeln, deren Geschäftsbericht wir diese Zusammenstellung entnehmen, weisen einen Ueberschuß von 9 585 071 RM. (i. R. 2 537 911 RM.) aus, woraus auf die Stammaktion 15 Prozent (10 Proz.) Dividende und 200 RM. Bonus (0) verteilt werden sollen. Trotz der dreimaligen Preiserhöhung für die einzelnen Salzmarken würde die Industrie nicht haben bestehen können, wenn nicht Mitte des Jahres der Absatz nach den bisher feindlichen Ländern eingestiegen und bei dem Tiefstande der Markt erhebliche Deckungsgewinne erröchtigt hätte. Im neuen Geschäftsjahre ließ sich der Verkauf des Kalifalzes zunächst gut an, hat aber nach beendeter Frühjahrseinstellung eine erhebliche Einbuße, vor allem in den Rohsalzen, erlitten. Die Ausfuhr ist deshalb angefallen.

Einigung in der chemischen Groß-Industrie in Köln.

Mit dem Arbeitgeberverbande haben anlässlich der schönen Steuern, der Steigerung der Mietpreise und sonstiger Bedarfsschmelze Verhandlungen stattgefunden, die nun zu einem befriedigenden Ergebnis geführt haben. Die Kündigung des Bezugsvertrages war eine der größten Schwierigkeiten; die in der Form überwunden wurde, daß der Tarif bedingt geändert wurde. Die Bewegung wurde vornehmlich von den freien Gewerkschaften geführt, da die christlichen Gewerkschaften keine nennenswerten Mitgliederzahlen aufweisen können. Nach den Verhandlungen am 20. August betragen die neuen Lohnsätze für

Arbeiter:

von 14—15 Jahren	1,75 RM.
15—16	2,25
16—17	2,95
17—18	3,55
18—19	4,35
19—20	4,65
über 20	Gruppe 1 5,50
	Gruppe 2 6,50
	Gruppe 3 6,20

Arbeiterinnen:

von 14—15 Jahren	1,75 RM.
15—16	2,00
16—17	2,50
17—18	2,70
über 18	3,25—3,50

(im Durchschnitt 3,40 RM.)

Außerdem wird die Kopfgelde von 8 RM. auf 12 RM. erhöht. Die feineren Zulagen und besonderen Vereinbarungen bleiben in Kraft. Die neuen Lohnsätze werden vom 23. August 1920 an gewährt. Damit ist für die erhöhten Steuern und sonstige Verteuerung ein Aus-

*) F. M. Dostojewski, Memoiren aus einem Totenhäus.

gleich geschaffen, und die letzte Vertrauensmännerung hat einstimmig diesen Abmachungen ihre Zustimmung erteilt.

Einigung in der Kölner Gummiindustrie.

Nach längeren Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband ist mit der hiesigen Kaufschulgruppe des Arbeitgeberverbandes der heimischen Industrie eine Verständigung erzielt worden.

Nach dem Ergebnis der Tarifverhandlungen am 20. August 1920 betragen die Löhne der Gummiarbeiter und -arbeiterinnen für

Arbeiter:

von 14-15 Jahren	1,75 RM.
15-16	2,25
16-17	2,95
17-18	3,55
18-19	4,35
19-20	4,65
Ungelernte Arbeiter	5,80
Angelernte Arbeiter	6,-
Angelernte Facharbeiter	6,40
Facharbeiter	6,65

Arbeiterinnen:

von 14-15 Jahren	1,75 RM.
15-16	2,-
16-17	2,55
17-18	2,70
über 18	3,25-3,50
(im Durchschnitt 3,40 RM.)	
Angelernte Arbeiterinnen	3,60
Angelernte Facharbeiterinnen	3,75
Facharbeiterinnen	4,-

Sonntlicher und Feiertagslohn erhalten 20 % mehr pro Stunde. Die Kopfzulage wird von 8 RM. auf 12 RM. pro Woche erhöht.

Bücheltage zum Lohn

1. Arbeiter am Standplatzbleibe, bei der Standplatzoperation, in der Wäschkammer, an gebrauchsfähiger Säure-, Vulkanisier- und gekneteter Gummierarbeit sowie auch in besonderen Fällen Spreiter, erhalten als Bücheltage zum Lohn 20 % pro Stunde.

Arbeiter, welche weniger als 5 Stunden pro Tag an diesen Arbeitsstellen beschäftigt werden, erhalten als Bücheltage zum Lohn 1 RM. pro Arbeitstag.

Gruppeneinteilung

2. Zum Übergang vom ungelerten zum angelernten Arbeiter wird in der Regel eine Einarbeitzeit von 5 Wochen als hinreichend erachtet.

Zum Übergang vom angelernten Arbeiter zum angelernten Facharbeiter werden in der Regel 3 Monate als hinreichend erachtet.

Die Übergangszeit vom angelernten Facharbeiter zum Facharbeiter richtet sich nach der Qualifikation des betreffenden Arbeiters.

Eine Vertrauensmännerung hat sich mit diesem Resultat beschäftigt und die Annahme beschlossen. Die Arbeiterseite ist restlos im Fabrikantenverbände organisiert, nur bei der Firma J. & C. Glöckler sind einige Gruppen vorhanden.

Papier-Industrie***

Der Kampf der Papierarbeiter um ihre Existenz.

Was jeder wußte die Papierarbeiter unter den Arbeitern die meisten begünstigt. In keinem Beruf war die Ausbeutung so raffiniert ausgeübt wie hier.

Als im Jahre 1918 in der folgenden Zeit den Unternehmern der Papierindustrie und diesen gahne Lage befürchte, so daß einzelne Firmen 20 Prozent und mehr als Gewinne einführen konnten, wußten die Arbeiter kaum das zum Leben Nötwendige anzuschaffen.

Die Umwälzung schloß auch hier endlich freie Bahn, und allmählich kam die Frage der jüngeren Jahrgangsklassen angesprochen werden. Doch blieben diese, besonders in letzter Zeit, immer noch hinter den anderen zurück.

Der bis zum 31. 5. laufende Gruppenvertrag wurde im Auftrag des Hauptausschusses, nach dem Grund der gesetzlichen Länge der Schichtzeit eine Erhöhung der Löhne zu erzielen. Die Unternehmern lehnten diese Forderungen ab.

Als es ersehnt, ob es den Unternehmern mit ihrem sozialen Empfinden ernst war, kamen wir einem Kompromiß zu. Wir wußten, die den Verhandlungen zugewandene Kopfzahl etwas mehr werden zu lassen, damit über die Löhne bei den jüngeren Jahren zu lassen.

Wir sind die Arbeiterseite zu erklären? Ein günstiger Stand weise uns ein Kompromiß des Hauptausschusses Dr. Geyer an seine Mandatgeber auf den 7. 7. 1920.

Im Rückblick auf den Kampftag, der zu den Lohnarbeiten auch zu führen zu werden, wir bessere Rahmen als bisher. Wir können uns nicht alles an eine einmalige Senkung der Lohnsätze denken.

Oben eigentlich die Ereignisse der Zeit spielen an diesen Orten wieder? Will man auch hier die Sache auf die Spitze treiben und hemmten der Verhandlungen aufheben? Wir sind der Auffassung, daß die

Kollegen und Kolleginnen das Spiel verstehen werden. Sie werden das nicht tun, was die Unternehmer augenscheinlich wünschen. Das soziale Empfinden der Unternehmer offenbarte sich ja schon, als man die Hälfte der Beschäftigten auf Wasser warf.

Jetzt heißt es, geschlossen hinter den Betriebsräten und hinter den Organisationen stehen und kaltes Blut und Ruhe bewahren; die weiteren Schritte sind eingeleitet. Das Ergebnis muß abgewartet werden.

Zur Urlaubsfrage.

In der Verhandlung der paritätischen Kommission zur Fertigstellung des Gesamtarbeitsvertrages für die deutsche Papier-, Pappen-, Zellstoff- und Holzstoff-Industrie wurde protokollierend folgende Vereinbarung getroffen:

Die Vertragsparteien sind sich darüber einig, daß für das Jahr 1920 der 1. April als Stichtag für die Berechnung der Urlaubszeit in Geltung bleibt.

Aus Versehen ist diese Abmachung nicht mit veröffentlicht worden, und bitten wir die Kollegen und Kolleginnen der Papierverarbeitungsindustrie sowie die Funktionäre unseres Verbandes, von dieser Vereinbarung Kenntnis zu nehmen.

Ursprünglich war von Arbeitgeberseite der 1. Oktober als Stichtag zuerkannt worden. Bei den Schlussverhandlungen erklärten die Vertreter der Arbeitgeber, daß sie nicht ermächtigt seien, diesen Stichtag vertraglich festzulegen.

Keramische Industrie

Schlichtungs-Ordnung

Industrie der Steine und Erden Deutschlands.

Der Vorstand der Reichsarbeitsgemeinschaft Steine und Erden hat in der Sitzung am 7. Juli 1920 in Ausführung der §§ 43 bis 46 des Reichsarbeitsvertrages folgende Schlichtungsordnung für die Schlichtungsinstanzen der Reichsarbeitsgemeinschaft Steine und Erden beschlossen und einstimmig angenommen.

Zusammenfassung

Als Schlichtungsinstanzen werden nach Maßgabe dieser Schlichtungsordnung tätig: 1. die Bezirks-Schlichtungsstellen, 2. die zentrale Schlichtungsstelle.

Die Bildung der Bezirks-Schlichtungsstellen bleibt den einzelnen Gruppen der Reichsarbeitsgemeinschaft überlassen.

Die Bezirks-Schlichtungsstellen setzen sich aus je drei Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer und ebensoviel Stellvertretern zusammen.

Die Ernennung der Mitglieder und Stellvertreter erfolgt von Fall zu Fall durch die am Streitfall beteiligten Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände. Ein auf einer Seite mehrere Arbeitgeber- oder Arbeitnehmerverbände beteiligt, so haben sie sich über die zu ernennenden Vertreter zu einigen.

Die Namen der Mitglieder und Stellvertreter sind den beteiligten Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden mitzuteilen.

Jede Bezirks-Schlichtungsstelle wählt aus ihrer Mitte den Vorsitzenden und dessen Stellvertreter.

Falls der Vorstoß an einen Arbeitgeber, so ist der stellvertretende Vorsitzende aus der Zahl der Arbeitnehmer zu wählen und umgekehrt.

Bei Meinungsverschiedenheiten aus den Arbeitsverhältnissen eines Betriebes ist innerhalb von 14 Tagen nach dem Scheitern der Einigungs-Verhandlungen die Schlichtungsstelle desjenigen Bezirkes anzurufen, dem der Betrieb angehört.

Die Einberufung der Schlichtungsstelle wird von dem Verbande des Streitgegenstandes unter Angabe des Streitgegenstandes und unter Vorlegung aller vorhandenen Unterlagen schriftlich bei der Gegenseite beantragt.

Innerhalb 14 Tagen hat die Benennung der Mitglieder der Schlichtungsstelle zu erfolgen und diese zuzuzustimmen.

Die Verhandlungen müssen spätestens fünf Tage vor der Sitzung im einseitigen Brief an die Mitglieder der Schlichtungsstelle und an die Parteien abgegeben sein. Als Parteien gelten die betreffenden Verbände.

Jede Partei hat das Recht, Sachverständigen und Sachverständige zu den Verhandlungen mitzubringen.

Erhöht eine Partei nach zehnjähriger Leitung ohne hinreichenden Grund nicht zu den Verhandlungen, so kann auf Verstoß in ihrer Abwesenheit verurteilt und entschieden werden.

Die Parteien können sich über alle erheblichen Tatsachen eingehend aussprechen, Beweismittel für ihre Behauptungen beibringen und schiedsrichterliche Klärung suchen.

Der Schlichtungsstelle steht das Recht zu, Fragen an die Vertreter, Sachverständigen und Sachverständigen zu richten. Die Schlichtungsstelle ist in bezug auf die Ermittlung von Tatsachen und die Erhebung von Beweisen an die Vertragsparteien und Anträge der Parteien nicht gebunden und kann nach ihrem Ermessen Zeugen und Sachverständige vernommen.

Die Schlichtungsstelle kann durch Beschluß eine Sache zur weiteren Verhandlung, Beweiserhebung usw. auf eine bestimmte Frist versetzen.

Der Schlichtungsbericht ist sofort schriftlich niederzulegen und von allen Mitgliedern der Schlichtungsstelle zu unterzeichnen.

Über den Gang der Verhandlungen ist eine Niederschrift anzufertigen. Diese Niederschrift wird von dem Vorsitzenden und dem Schriftführer unterzeichnet und sowohl den Mitgliedern der Schlichtungsstelle wie den beiden Parteien und den regionalen Verbänden der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zugestellt.

Gegen den von den Bezirks-Schlichtungsstellen gefällten Schlichtungsbericht haben die Parteien innerhalb einer Woche nach Fällung des Schlichtungsberichtes das Recht der Berufung an den Zentral-Schlichtungsausschuss zu stellen.

Die zentrale Schlichtungsstelle wird im Sinne des § 45 des Reichsarbeitsvertrages tätig:

1. als Berufungsinstanz gemäß § 19 der Schlichtungsordnung, 2. auf Verlangen beider Parteien, falls im bezirksamts-Schlichtungsausschuss keine Regelung des Streitfalles herbeigeführt werden konnte, gemäß § 44 des Reichsarbeitsvertrages, 3. bei Vorliegen von Sachverhalten, wenn beide Parteien damit einverstanden sind.

Die zentrale Schlichtungsstelle wird bei der Reichsarbeitsgemeinschaft Steine und Erden gebildet. Sie besteht aus je drei Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer und ebenso vielen Stellvertretern.

Die Ernennung der Mitglieder und Stellvertreter erfolgt von Fall zu Fall; von Arbeitgeberseite durch das Arbeitgeberstellvertreter Steine und Erden aus den beteiligten Gruppen, von Arbeitnehmerseite durch die beim Reichsarbeitsvertrag beteiligten Verbände.

Soweit nicht in §§ 20-22 anderes bestimmt, werden die §§ 9-18 für den Zentral-Schlichtungsausschuss sinngemäße Anwendung.

Vor Beendigung der gesamten Schlichtungsverhandlungen dürfen die beteiligten Arbeitnehmer weder in einen Streit treten, noch darf durch die Arbeitgeber eine Aussperrung erfolgen.

Die Mitglieder der Schlichtungsstelle, der Schriftführer und die Sachverständigen sind zur Geheimhaltung der ihnen durch ihre Tätigkeit in dem Schlichtungsverfahren bekanntgewordenen vertraulichen Angaben, Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse verpflichtet.

Die laufenden Geschäfte des Schlichtungsverfahrens werden durch die in Frage kommenden Bezirksarbeitsgemeinschaften bzw. die Reichsarbeitsgemeinschaft besorgt.

Die Parteien tragen die Kosten für ihre Vertretung im Schlichtungsverfahren für die von ihnen geladenen Auskunftspersonen und Sachverständigen und für sonst veranlasste Maßnahmen. Die sonstigen Kosten des Schlichtungsverfahrens werden je zur Hälfte von den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden, welche den Tarifvertrag abgeschlossen haben, getragen.

Die Schlichtungsordnung tritt für die Reichsarbeitsgemeinschaft Steine und Erden mit ihrer Annahme in Kraft.

Den Kollegen wird empfohlen, die vorstehende Schlichtungsordnung aufzubewahren, damit sie bei vorkommenden Streitfällen über den Gang des Instanzensweges informiert sind.

Gaukonferenz im Gau 10 (München).

Am 7. und 8. August fand eine Konferenz der Bezirksstellenleiter für unseren Gau statt.

Dieselbe war besucht von 29 Bezirksstellen mit 59 Delegierten. Keine Delegierten hatten die Bezirksstellen Kötting, Krumbach, Memmingen, Wiesbad, Weiden, Riedbach, Schwaben entsandt.

Außerdem waren anwesend der Gauausschuss, mit Ausnahme des erkrankten Kollegen Knör, und der Kollege Thiemig vom Hauptvorstand.

Die Tagesordnung lautete: 1. Bericht der Vorsitzenden und Schriftführer und Festlegung der Geschäftsordnung; 2. Bericht der Gauleitung über das Jahr 1919/20 (Referent: Kollege Weber); 3. Bericht vom Verbandsstag (Referent: Kollege Mühl (Mugsburg)); 4. Die Wirtschaftslage in unseren Industriegebieten (Referent: Vertreter des Hauptvorstandes, Kollege Thiemig (Hannover)).

Auf Antrag der Delegierten wurde als weiterer Punkt „Zentralisierung der Betriebsräte“ auf die Tagesordnung gesetzt. Der Gauleiter, Kollege Weber, gibt einen Überblick über das verflorenen Jahr. Besonders weist er darauf hin, daß wir uns angesichts des Glanzes, in dem wir uns befinden, mit den Verhältnissen der Gegenwart zu befassen haben, und diese zu verbessern erste Aufgabe der Gewerkschaftsbewegung ist.

Neben der Verbesserung der Gegenwart müssen wir unsere ganze Kraft und unser ganzes Können für die Gestaltung der Zukunft, wie sie das Proletariat erstrebt, in den Dienst stellen. Ziel zu wenig wird beachtet, daß unser Wirtschaftskörper krank ist und daß es vorläufig keinen Arzt gibt, der ihn heilen kann. Der Mangel an Lebensmitteln und Rohstoffen lastet schwer auf dem ganzen Volk. Dieser Mangel macht die Zwangsökonomie und die Nationalisierung notwendig, welcher Umstand wiederum Käufer und Schlichterhandel begünstigt.

Des weiteren verbreitete er sich über die Einfuhr und die Erzeugung der notwendigen Lebensmittel und betont, daß darüber noch die größte Unkenntnis herrscht. Vor allem sollen die Kollegen, bevor sie finanzielle Redensarten weiterverbreiten, wissen, welche Mengen von Lebensmitteln zur Ernährung des deutschen Volkes notwendig sind, was die deutsche Landwirtschaft an solchen erzeugt und was zur Ergänzung der fehlenden Mengen eingeführt werden mußte.

Im letzten Friedensjahre wurden eingeführt: 33 1/2 Millionen Doppelzentner Getreide, 500 000 Doppelzentner Karotten, 75 000 Zentner Fleisch, 80 000 Zentner Milch und Rahm, 3 Milliarden Eier. Neben diesen Artikeln bezogen wir noch Reis, Kakao, Kaffee, Tee, Hülsenfrüchte, Speiseöle zum größten Teile vom Ausland. Die Kollegen sollen darüber nachdenken und etwas mehr Volkswirtschaft studieren, dann brauchen sie nicht jedem Schreier zu glauben und nachzulassen.

Kollege Weber kam nun auf die Gestaltung der Lohnverhältnisse zu sprechen und betonte, daß von der Organisation nichts versäumt wurde, um das Einkommen der Kolleginnen und Kollegen den Kosten der Lebenshaltung anzugleichen. Wenn dies nicht immer und überall voll erreicht werden konnte, so liegt dies an den Verhältnissen. Nun zog er einen Vergleich zwischen den Lohnbewegungen und Erfolgen von 1919 mit 1920. So stiegen die Löhne in der Papierindustrie seit August 1919 für die 1. Ortsklasse von 1,70 RM. auf 4,60 RM. (Kaufkraftumrechner um 40 % mehr), in der heimischen Industrie von 2,20 RM. auf 4,20 RM., in der Lebensmittelindustrie von 1,60 RM. auf 4,65 RM., in der Metallindustrie von 1,40 RM. auf 4,30 RM., in der Textilindustrie von 2,10 RM. auf 4 RM. Trotz dieser Erhöhungen an Löhnen ist festzustellen, daß die Kaufkraft gegen früher noch lange nicht erreicht haben. Scharfe Worte fand Kollege Weber, als er den Beschluß des Zentralverbandes deutscher Arbeit-

gebetverbände, keine Lohn- und Gehaltsaufbesserungen zu gewähren, unter die Lupe nahm. Des weiteren streifte er die in letzter Zeit eingeleiteten und bereits durchgeführten Lohnbewegungen und wies auch auf die ablehnende Haltung eines großen Teiles der Arbeitgeber hin, welche die zur Zeit herrschende Krise in ihrem Sinne auszunutzen verstehen. Die Lohnbewegungen nahmen unsere Kraft voll und ganz in Anspruch, und so kam es, daß für Agitation und Aufklärung lange nicht das geschehen konnte, was angesichts der weltgeschichtlichen Ereignisse so sehr notwendig gewesen wäre. Trotzdem aber haben sich die Organisationsverhältnisse im Gau gut entwickelt, so daß trotz Abtretung der Zahlstelle Regensburg mit rund 3000 Mitgliedern an den Gau 9 die Mitgliederzahl von 24 500 wieder erreicht ist. Besonders die neuerrichteten Bezirkszahlstellen haben sich in dieser Hinsicht bewährt. Die Aufsichtstätigkeit zeigt folgendes Bild: Es wurden abgehalten 174 Versammlungen, 22 Konferenzen, 48 Unterhandlungen, 10 Sitzungen in Schlichtungsanschlüssen, 13 Sitzungen in Arbeitsgemeinschaften, sechs Sitzungen in der Rohstoffwirtschaftsstelle, 7 Sitzungen des Gauvorstandes. Innentätigkeit: Einlauf an Briefen und Karten 2587, Auslauf an Briefen, Karten und Drucksachen 4472. — Mit einem Hinweis auf den Rapp-Buch, auf die Wählerzeilen der Reaktion, schloß Kollege Weber mit der Aufforderung, die Reihen zu schließen und wachsam zu sein, damit nicht durch den Zwist innerhalb der Arbeiterfront der Weizen des Kapitalismus immer üppiger blühe.

Den zweiten Punkt (Kassenbericht) behandelte Kollege Graf. Er gab einen Ueberblick besonders über die Ausgaben und deren Zusammenfassung. Aus dem Bericht war zu entnehmen, daß sich die Ausgaben für das zweite Quartal 1920 gegenüber dem zweiten Quartal 1919 nahezu verdoppelt haben. Eine Zusammenstellung der Lokaltafelbestände der Zahlstellen ergab, daß sich dieselben im letzten Jahre verdoppelt haben, was erfreulich, aber viel zu wenig ist. Der wiederholten Aufforderung der Gauleitung an die Zahlstellen während des verfloffenen Jahres, die Lokaltafeln gründlich zu erhöhen, sind nicht alle Zahlstellen nachgekommen.

In der Diskussion über beide Punkte wurde grundsätzliche Kritik an der Gauleitung nicht geübt. Vorgebrachte Beschwerden richteten sich hauptsächlich gegen vereinzelte interne Betriebsangelegenheiten. Einige Kollegen wiesen auf den Preisabbau hin und verlangten, daß hier mit allen zu Gebote stehenden Mitteln gearbeitet werden muß. Besonders die Kollegen aus Trostberg brachten ihre im dortigen Bezirk getroffenen Maßnahmen nach dieser Richtung zur Kenntnis der Konferenz.

Die Diskussion, an welcher sich ein sehr großer Teil Kollegen beteiligte und welche sich durchaus sachlich gestaltete, bewies, daß ein guter Geist die Konferenz beherrschte und daß man alleits bestrbt war, Positives zum Nutzen der Organisation zu leisten. Dem Gauleitungsführer wurde durch die Redatoren Entlastung erteilt.

Den Bericht über den Verbandstag gab Kollege Möhl (Mugsburg). Leider war die Zeit zu kurz, um gerade diesen Punkt ausgiebig behandeln zu können. Möhl besprach die dort gefassten Beschlüsse und Statutenänderungen, wies auf die Angriffe auf den Hauptvorstand hin, wie er überhaupt das Verhältnis zwischen Opposition und Mehrheit kurz skizzierte, bemerkte jedoch, daß trotz alledem der Verbandstag Gutes und Nützliches geschaffen hat. Die vorher befürchtete Zersplitterung und Trennung ist nicht eingetreten, was der größte Gewinn für unsere Kollegen ist. — Die Diskussion wurde nun, da die Konferenz von vormittags 10 Uhr bis nachmittags 5 Uhr durchgeführt hatte und das Lokal wegen anderweitiger Vergebung geräumt werden mußte, auf den nächsten Tag verschoben. Beschlüsse wurden, morgens 8 Uhr zu beginnen und ebenfalls ohne Pause die Tagesordnung zu erledigen. Punkt 4 wurde nun auf Beschluß zurückgestellt und die Beiräte zum Haupt- und Gauvorstand gewählt.

Als Beirat zum Gauvorstand wurden gewählt die Kollegen Sturm (Deggendorf), Dörner (Mugsburg), Selmann (Müriting), Mayerhofer (Trostberg), Wagner (Rosenheim), Megenauer (Straubing), Stöger (Peitzberg).

Nach längerer Erörterung wurden als Beirat zum Hauptvorstand die Kollegen Schwäninger (Trostberg) und als dessen Ersatzmann Wagner (Rosenheim) gewählt.

Zu Punkt „Zentralisierung der Betriebsräte“, zu welchem Weber kurze Ausführungen gab, und nachdem positive Vorschläge nicht vorlagen und gemacht wurden, wurde beschlossen, bezirksweise die Betriebsräte unserer Organisation zusammenzusetzen und zuerst gründliche Aufklärung über das Betriebsrätegesetz zu schaffen und das weitere zu veranlassen. Hervorgehoben wurde, daß diese Frage nicht so ohne weiteres zu lösen ist, denn der Kostenpunkt sowie die nötige Zeit spielen dabei eine große Rolle. Dazu kommt ferner, daß über diese ganze Frage noch ein großer Wirrwarr besteht, welcher erst einigermaßen geklärt werden muß. (Nun ist ja mittlerweile der Kongreß der Betriebsräte einberufen worden, und auf demselben wird die ganze Materie wohl eingehend behandelt.)

Dann ergreift zum zurückgestellten Punkt 4 („Die Wirtschaftslage in unseren Industriegebieten“) Kollege Thiemig das Wort. In 1/2stündigen Ausführungen gab derselbe ein Bild der allgemeinen wirtschaftlichen Lage, deren Ursache und Wirkung, um dann besonders die uns zusehenden Industrien zu behandeln. Leider verbietet der Mangel, auf die äußerst interessanten und lehrreichen Ausführungen des näheren eingehen zu können, obwohl gerade diese den größtem Interesse für unsere Mitglieder wären.

Zahlstellenleiterkonferenz für den Gau 15 (Hamburg).

Am Sonntag, dem 15. August 1920, tagte im Gewerkschaftshaus in Hamburg eine Zahlstellenleiterkonferenz, die von 50 Zahlstellen mit insgesamt 80 Delegierten besetzt war.

Vom Hauptvorstand war der Kollege Großmann erschienen. Anwesend waren ferner die Gauleiter: Borger, Schwarz und Paul.

- Die Tagesordnung war folgende:
1. Wahl der Konferenzleitung und Festsetzung der Geschäftsordnung.
 2. Bericht über die Beschlüsse des Verbandstages.
 3. Die Wahlen der Beiratsmitglieder:
 - a) für den Hauptvorstand;
 - b) für den Gauvorstand.
 4. Verschiedenes.

Gauleiter Kollege Borger erteilt nach Erledigung des ersten Punktes dem Kollegen Vogt (Hamburg) zum 2. Punkt der Tagesordnung das Wort. Redner entwirft in großen Umrissen ein Bild von dem Verlauf des diesjährigen Verbandstages, der trotz der vorhandenen Gegenläufige irreführende Arbeit geleistet habe.

Als Mitglied der Statutenberatungskommission ist Kollege Vogt in der Lage, in eingehender Weise über die vielgestaltigen, unangenehmen Arbeiten dieser Kommission zu berichten, auf deren Grundlage die im „Proletarier“ bereits zum Abdruck gelangten Verbandsstagsbeschlüsse zustandegekommen seien. Mit besonderem Nachdruck verweist Redner auf die Bedeutung der Beitragserhöhung, die uns nicht nur gestatte, die Unternehmenseinrichtungen den Verhältnissen entsprechend auszubauen, sondern die auch den Kampfscharakter unserer Organisation in jeder Hinsicht stärken und beleben werde.

Redner erregt, daß die den Zahlstellen bzw. deren Lokaltafeln aus den erhöhten Beiträgen zuzulegenden Maßnahmen diese nicht dazu verleiten werden, die Lokaltafeln zu vermindern oder gar aufzugeben. Es muß im Gegenteil danach hingestrebt werden, daß die Lokaltafeln so finanziert sind, daß den Mitgliedern bei eventuellem Streik usw. zu den statutarischen Leistungen vollständige Vorkasse werden können. Eine der ersten Voraussetzungen für die glückliche Durchführung uralter Lohnbewegungen ist, wie die Erfahrung lehrt, das Vorhandensein eines starken Kampfsinns.

Diese Tatsache wird leider vielfach und besonders von den kleineren Zahlstellen nicht genügend beachtet.

Die neue Fassung der §§ 25 und 35: Gemeineilung und Gewandpässe, bzw. Verbandsbeitrag betreffend hat zur Folge, daß in Zukunft mehr als bisher in Arbeit stehende Kollegen zu Mitarbeitern in den Gauleitungen und beim Hauptvorstand herangezogen werden. Der er-

zieserliche Wert dieser in Folge der veränderten Situation notwendig gewordenen Maßnahme kann gar nicht hoch genug veranschlagt werden. Nicht nur, daß die praktische Mitarbeit des Beirates in seinen Mitgliedern ein erhöhtes Verantwortungsgefühl auslöst, daß auch erwartet werden, daß diese Miteinrichtung als weiteres Bindeglied zwischen Verbandsleitung und Mitgliedschaft das bisherige beiderseitige Vertrauensverhältnis in der günstigsten Weise beeinflusst.

Mit der Aufforderung an die Anwesenden, mit aller Energie für die reibliche Durchführung der Verbandsstagsbeschlüsse in den Zahlstellen zu wirken, schließt Kollege Vogt seine beifällig aufgenommenen Ausführungen.

Kollege Kunz (Kiel) ergänzt in einigen Punkten den Bericht des Vorredners und bemerkt, daß den Zahlstellen in Zukunft hinsichtlich der Auswahl der Beitragsmatten eine gewisse Grenze gesetzt sei, indem der Hauptvorstand nur die in dem vorliegenden Zirkular angeführten Markenforten werden anfertigen lassen.

Kollege Großmann (Hauptvorstand) weist besonders darauf hin, daß der Verbandstag sich einmütig auf den Standpunkt gestellt habe, daß in der Regel nur Beitragsmatten der 1. und 3. Klasse bezogen werden sollten; Ausnahmen seien nur für Zahlstellen mit besonders rüchindigen Löhnen zulässig, jedoch müsse auf alle Fälle ein diesbezüglicher Antrag der Gauleitung, unter Angabe von Gründen, unterbreitet werden. Nach erfolgter Prüfung der Sachlage durch die Gauleitung wird der Hauptvorstand hierüber endgültig beschließen.

In seinen weiteren Ausführungen verweist Redner auf die Gefahr, die uns hinsichtlich der Erwerbslosenunterstützung droht, indem seitens der Regierung beabsichtigt war, diese zur Hälfte auf die kommende staatliche Erwerbslosenversicherung anzurechnen. Um dies zu verhindern, habe der Hauptvorstand bereits entsprechende Schritte eingeleitet. Von dieser beabsichtigten Maßnahme hat die Regierung inzwischen Abstand genommen.

Der 3. Punkt der Tagesordnung findet seine Erledigung durch die Wahl der Kollegen Emil Seidenkauer (Harburg), Max Behrens (Hamburg) und Adolf Janjon (Wedel) als Beiratsmitglieder für den Hauptvorstand.

Als Beiratsmitglieder für den Gauvorstand wurden gewählt die Kollegen Rudolf Granz (Wismar), d. Ruhe, Ludwig Lange (Bremen), Gottlieb Schierbaum (Brunsbüttel), Gustav Hofbauer (Kuddeborn), Karl Grauthmann (Rüneburg), Paul Diez (Hensburg) und Moritz Staal (Gutin).

Unterm 4. Punkt der Tagesordnung erstatteten die Kollegen Gauleiter Borger, Schwarz und Paul einen kurzen Bericht über ihre Tätigkeit seit Ausbruch der Revolution.

Die Ausführungen der Kollegen gipfelten in der Feststellung, daß, wenn auch nicht in allen Fällen die berechtigten Wünsche und Forderungen der Kollegen restlos erfüllt worden seien, wir doch im großen und ganzen mit dem Erreichten zufrieden sein können. Allseitig kam das Bedauern zum Ausdruck, daß infolge der starken Finanzschwäche bei Lohnbewegungen und Streiks die Gauleiter nicht in der Lage waren, für die gewerkschaftliche Erziehung der Neueingetretenen in der wünschenswerten und notwendigen Weise sorgen zu können. Unter Hinweis auf die derzeitige drohende Wirtschaftskrise, die uns immer mehr in Desensibilisierung dränge, betonten die Redner die unbedingte Notwendigkeit der Erhaltung der inneren Geschlossenheit unserer Organisation und gaben der Hoffnung Ausdruck, daß die strikte Durchführung der Verbandsstagsbeschlüsse sowie auch die fernere tatkräftige Mitarbeit der Zahlstellenleitungen dazu beitragen möge, unseren gewerkschaftlichen Zielen zum Siege zu verhelfen.

Die hierauf folgende Debatte gibt dem Kollegen Großmann Veranlassung, in gedrängter Kürze auf das Wesen der Arbeitsgemeinschaft einzugehen; Redner schließt seine Erläuterung mit der Mitteilung, daß die ausgearbeiteten Entwürfe einer Arbeitsordnung demnächst den Zahlstellenleitungen zugestellt werden.

Nach einem kernigen Schlusswort des Kollegen Borger findet die Konferenz um 4 Uhr nachmittags ihr Ende.

Im Anschluß an die Gaukonferenz wurde unter dem Vorsitz des Kollegen Borger eine Konferenz der Filialindustrie abgehalten, an welcher außer dem Kollegen Großmann (Hauptvorstand) einige Vertreter des Transportarbeiterverbandes teilnahmen. Ein Protokoll dieser Sitzung wird den in Frage kommenden Zahlstellen zugestellt.

An die Zahlstellenleitungen im Gau 15! Werte Kollegen!

Wir wollen nicht verfehlen, von dieser Stelle aus auf den Anruf der Ortsverwaltung der Zahlstelle Leipzig aufmerksam zu machen, der unterm 17. Juni d. J. familiären Zahlstellen zugestellt worden ist. Aus nahezu allen Gauen sind bereits namhafte Beiträge an die Leipziger Zahlstelle, der durch die Vernichtung des Leipziger Volkshauses ein Schaden von mehreren Hunderttausend Mark entstanden ist, überwiesen worden.

Kollegen! Lebt Solidarität! Wir appellieren an eure so oft bewiesene Opferbereitschaft! Jede Zahlstelle muß es sich zur Ehrenpflicht machen, der Zahlstelle Leipzig finanzielle Hilfe zu gewähren. Mitglieder im Gau 15! Denkt daran: Solidarität ist immer noch die schönste Tugend des Proletariats!

Daß sie in euch noch lebt — beweist es! apl.

Die Zahlstellenleiterkonferenz für den Gau 5 (Ost- und Westpreußen)

tagte am 15. August in Danzig. Die Konferenz war besetzt von nur 10 Zahlstellen mit 24 Delegierten. Nicht Zahlstellen, die in Zukunft zum Gau Brandenburg gehören werden, haben an dieser Konferenz nicht mehr teilgenommen. Insgesamt waren 10 000 Mitglieder auf der Konferenz vertreten. Vom Gauvorstand waren anwesend die Kollegen Wollermann, Mundt und Schiemann. Vom Hauptvorstand war der Kollege Brey (Hannover) erschienen.

- Die Tagesordnung lautete:
1. Wahl der Konferenzleitung und Festsetzung der Geschäftsordnung;
 2. Bericht der Gauleitung (Berichterstatter Kollege Wollermann);
 3. Bericht über den abgehaltenen Verbandstag in Hannover (Berichterstatter Kollege Buchholz);
 4. Die Wahlen der Beiratsmitglieder:
 - a) Beirat für den Hauptvorstand;
 - b) Beirat für den Gauvorstand.

Kollege Vogel (Danzig) als Vertreter der Zahlstelle und Genosse Klossowski als Vertreter des Gewerkschaftsstellens entbot den Konferenzteilnehmern herzliche Willkommensgrüße. Der Vertreter des Stellens wies in seiner Begrüßungsansprache auf die Schwierigkeiten hin, mit der die Gewerkschaftsbewegung im Osten und im besondern in Danzig in der Vergangenheit zu kämpfen hatte, Schwierigkeiten, die in der Zukunft gewiß nicht geringer sein dürften.

Gauleiter Wollermann dankte dem Vorredner und gab seiner Freude Ausdruck, daß Kollege Brey es möglich gemacht habe, zu den Verhandlungen zu erscheinen.

Die Verhandlungsleitung wird den Kollegen Wollermann und Vogel (Danzig) übertragen.

In dem Bericht der Gauleitung hebt Wollermann hervor, daß in der Zeit vom 1. Januar bis zum 30. Juni insgesamt 200 Lohnbewegungen geführt worden sind. Im Durchschnitt sind für jeden Beteiligten 50 Mk. Lohnenerhöhung pro Woche erreicht worden. Er beipflichtet dem den zur Zeit in Ostpreußen ausgebrochenen Kampf, an dem auch wir mit zirk 4000 Mitgliedern beteiligt sind. Die Unternehmer stellen sich äußerst hartnäckig und wollen, um das Wirtschaftslieben in andere Bahnen zu lenken, vom 1. Juni ab keine Lohnenerhöhung geben. Sie sind der Ansicht, daß nur dadurch der Preisabbau möglich gemacht wird. Alle Lohnforderungen haben sie abgelehnt und konnten bis jetzt noch keine Verständigung erzielt werden. Er spricht aber die Erwartung aus, daß die Arbeiterfront doch Sieger bleiben wird. Im 2. Quartal können wir über einen Mitgliederzuwachs von zirk 3000 Kollegen berichten. Redner führt noch aus, daß zur Hebung der Arbeiter im Gau der Kollege Meier (Elbing) für den Gauvorstand dauernd Mitarbeit leistet.

Schimla (Königsberg) fügte dem Bericht des Kollegen Wollermann noch einiges hinzu, damit Kollege Brey Einhalt davon erhält, wie schwer das Arbeiten im Osten ist. Er schildert ebenfalls den Kampf von Königsberg und spricht zuletzt den Wunsch aus, daß sie nicht weiter vom Hauptvorstand so jämmerlich behandelt werden möchten.

Muelbredt (Elst) ergänzte ebenfalls die Ausführungen des Kollegen Wollermann und äußerte die Meinung, daß noch genügend Agitationsarbeit vorhanden ist und noch mehrere Zahlstellen gebildet werden könnten. Der Streik in Elst ist mit Königsberg verknüpft und weitere Ausführungen würden sich darüber erörtern.

Brey (Hannover) antwortet auf die Worte des Kollegen Schimlat, daß die Agitationsmethode nach der Revolution eine andere sei als vor dem Kriege. Der Vorstand ist mit Arbeiten organisatorischer Art so belastet, daß es ihm auch in der nächsten Zeit nicht möglich sein wird, irgendwelche Zahlstellen zu bereisen. Der Vorstand und der Gauleiter können nicht alle Arbeiten allein schaffen, darum müssen die Kollegen so erzoget werden, daß jeder zuletzt das Gefühl hat, mitzuarbeiten und mitzuschaffen. Er behandelt dann die gegenwärtige wirtschaftliche Lage. Für den Erfolg unserer Kämpfe ist nicht allein entscheidend die Stärke einer Organisation, sondern es müsse stets in Betracht gezogen werden: Wie ist die allgemeine wirtschaftliche Lage, wie ist die Produktion, wie ist der Absatz? Unser Wirtschaftsleben ist zusammengebrochen und vollständig ruiniert. Trotz des beispiellosen wirtschaftlichen Niederganges haben wir unsere Tarifverträge auf eine ganz bedeutende Höhe gebracht. In 5550 Betrieben haben wir jetzt Tarifverträge bestehen. Dabei ist eine Arbeit geleistet worden, die wirklich Anerkennung verdient. Im Jahre 1919 sind 2864 Lohnbewegungen geführt worden, davon 2851 mit Erfolg. Es ist insgesamt für 711 465 Personen eine Lohnenerhöhung von 11 751 152 Mk. pro Woche erreicht worden. Wir wollen bei unserer Organisationsarbeit weiter das Bestreben haben, die Interessen der Mitglieder zu wahren und wollen weiter zu arbeiten, wie wir es bisher getan haben.

Meier (Elbing) wünscht, daß die Konferenzteilnehmer die Ausführungen des Kollegen Brey den Mitgliedern zur Kenntnis bringen. Maguhn (Rastenburg) bedauert, daß durch die Zersplitterung der Parteien die Arbeit nicht so gut durchgeführt werden kann, wie es eigentlich sein sollte. Er stellt den Kollegen anheim, daß immer nach Schluß einer Lohnverhandlung eine Verammlung der Parteien werden soll, worin der Verlauf der Verhandlung bekanntgegeben wird. Da es noch an sehr vielen Orten an Aufklärung fehlt, stellt er den Antrag, den Sitz des Vorstandes nach Königsberg zu verlegen.

Wollermann bittet, daß von der Sitzverlegung nach Königsberg Abstand genommen werden möchte, weil damit heute zu viele Schwierigkeiten verbunden sind. An erster Stelle steht der Wohnungsmangel.

Zum 3. Punkt der Tagesordnung gibt Kollege Buchholz in 1/2stündiger Rede den Bericht über die Verhandlungen des Verbandstages. Er weist darauf hin, daß es Pflicht aller Mitglieder sei, den im „Proletarier“ erläuterten Verbandsstagsbeschlüssen nachzugehen. Nach eingehender Erörterung aller auf dem Verbandstag erledigten Fragen schließt Buchholz seinen Bericht mit den Worten, daß sich alle Verbandskollegen bemühen müssen, daß der Aufstieg unserer Organisation auch weiterhin nur möglich sein kann, wenn in unsern eigenen Reihen nicht Zwietracht, sondern Einigkeit herrscht.

Groß (Elbing) wirft die Frage auf, ob überhaupt den sogenannten Arbeitsgemeinschaften Bedeutung beigemessen sei, zumal die Arbeitgeber in Ostpreußen trotz der Arbeitsgemeinschaften in Kampfstellung gegen die Gewerkschaften stehen.

Hierzu führt Wollermann aus, daß, weil die Arbeitsgemeinschaften in Ostpreußen überhaupt noch keine Bedeutung erreicht hätten, wir gegenwärtig in den schweren Kampf verwickelt seien. Wenn wir bedenken, welche ungeheuren Opfer gebracht werden müssen, um den augenblicklichen Kampf in Ostpreußen für die Arbeiter siegreich zu beenden, und wenn wir uns dann die Frage vorlegen, wie die Lage sein würde, wenn im ganzen Reich der Kampf erobert, dann kommen wir doch zu der Auffassung, daß die Arbeitsgemeinschaften zur Lösung der Differenzen nicht wertlos sind. Durch die Arbeitsgemeinschaften sind manche Vorteile erreicht, die sonst nur unter ungeheuren Opfern von der Arbeiterfront erkämpft werden könnten.

Zum 4. Punkt der Tagesordnung gibt Kollege Wollermann einen kurzen Umriss der Aufgaben der zu wählenden Beiräte. — Es werden gewählt die Kollegen Buchholz (Königsberg) in den Verbandsbeirat und Meier (Elbing), Maguhn (Rastenburg), Seewaldt (Memel), Meier (Elst), Sornjon (Süperburg) in den Gaubeirat.

In seinem Schlusswort gibt Kollege Wollermann einen Ueberblick über die Entwicklung unserer Organisation in dem östlichen Gau Deutschlands. Seine Worte klingen in dem Wunsch aus, daß auch in der Zukunft unserer Arbeit nicht der Erfolg verjagt sein möge.

Gewerkschaftliche Nachrichten.

Reichskonferenz der Drenstein u. Koppel A.-G. Betriebsräte.
Zwischen dem 21. bis 23. August fand im Berliner Gewerkschaftshaus die erste Reichskonferenz der Betriebsräte des Drenstein u. Koppel-Kongerns statt. Die Delegierten vertraten insgesamt 10 000 Arbeiter und Angestellte.

Wie zu erwarten war, ergaben die Verhandlungen und Besprechungen sämtlicher Betriebsräte eines großen Kongerns, der an vielen Orten Deutschlands Fabriken und Geschäftsstellen hat, ein reichhaltiges Material, woraus die Notwendigkeit hervorging, gemeinsam auf die weitestgehende Abstimmung der Betriebsräte im Wirtschaftsbetriebe der Firma hinzuarbeiten, da nur so eine allmähliche Gesundung unseres Wirtschaftslebens zu erreichen ist.

Für diese Mitwirkung kommen u. a. in Frage die Gebiete des Einlaufs, der Arbeitsverteilung und der Verteilung der Rohstoffe auf die einzelnen Fabriken sowie die Festsetzung der Verkaufspreise mit dem Ziel, einen großzügigen Preisabbau zu erreichen. Es wurden Beschlüsse gefaßt, welche die gemeinschaftliche Arbeit aller Betriebsräte des Kongerns in den erwähnten Fragen festlegen und sichern.

Auch die Bohlstätigkeitserrichtung der Firma Drenstein u. Koppel kam zur Sprache, und beschloß die Konferenz, der Arbeitnehmerschaft zu empfehlen, das sogenannte „Erholungsheim“ der Firma in Mankenburg nicht mehr anzufuchen, da bei den bestehenden Verhältnissen die Besehung der Bohlstätigkeitserrichtung auf dieses Erholungsheim nicht mehr anwendbar ist. Alle Versuche des Zentralbetriebsrates, den Stifter dieses Erholungsheims zwecks Abänderung der Mißstände und zwecks Bemüßigung der dazu erforderlichen Geldmittel persönlich zu sprechen, sind gescheitert.

Ferner wurde vereinbart, die freien Gewerkschaften und die politischen Parteien der Linken anzufordern, unverzüglich auf Erlaß des Gesetzes zu dringen, welches die Entsendung von Betriebsratsmitgliedern in den Aufsichtsrat von Aktiengesellschaften regelt, wie dieses im B.-K.-G. vorgesehen ist.

Eine Abordnung der Reichskonferenz, welche der Direktion die nächstliegenden Wünsche der Arbeitnehmerschaft übermitteln sollte, wurde von dieser mit der Begründung, daß sie dazu nicht gesetzlich verpflichtet wäre, nicht empfangen. Ein derartig kurzschichtiges Verhalten der Geschäftsleitung ohne Rücksicht auf eine Gefährdung des Wirtschaftslebens wird keine Wirkung auf die Arbeitnehmerschaft des Drenstein u. Koppel-Kongerns gewiß nicht verfehlen.

Berichte aus den Zahlstellen.

Am 22. August fand hier eine Konferenz unserer Betriebsräte und Hilfsarbeiter statt, an der 139 Kollegen aus den verschiedenen Orten der Zahlstelle teilnahmen.

Die Tagesordnung lautete: 1. Der Aufbau der Betriebsräte-Organisation; Referent Kollege Kraus. 2. Beschlüsse des Verbandstages und die bevorstehende Beitragserhöhung; Referent Kollege Lorenz. 3. Allgemeines.

Zu Punkt 1 führte Kollege Kraus aus, daß auf Grund der Beschlüsse des allgemeinen Gewerkschaftsbundes in allen Orten der Aufbau der Betriebsräte vorgenommen werden soll, und ging näher auf die Möglichkeiten zu diesen ein. Es soll erst ein Bezirksratell mit dem Sitz in Anerichtet werden. Er behandelte dann den Entwurf für das Bezirksratell.

der noch der Kollektionierung der Betriebsräte zum endgültigen Beschluß vorgelegt werden soll. Er wies auf die Aufgaben, die die Betriebsräte betreffen, ganz besonders hin und schloß mit einem Appell an die Anwesenden, namentlich die praktische Arbeit zu erleichtern und nicht noch länger Hürden zu bereiten, sondern gemeinsam im Sinne des Sozialismus mit den Gewerkschaften Hand in Hand zu gehen.

An der Aussprache beteiligten sich mehrere Kollegen, die ihre Freude darüber zum Ausdruck brachten, daß die Gewerkschaften die Betriebsrätefrage in die Hand genommen haben. Kollege Lorenz erläuterte dann die Angaben, welche die Betriebsratsmitglieder zur Erfüllung ihrer Pflichten haben. Besonders sollen die Betriebsräte mit den Hilfsapparaten in den verschiedenen Fällen in enger Fühlung bleiben, um fäunige oder austretende Mitglieder der Organisation zu erhalten. Ein Redner führte noch aus, daß nur Leute in der Nähe von Aue und politisch organisierte Kollegen in den Gruppenrat gewählt werden sollen. Dem wurde widersprochen, da man nicht danach fragen kann, welcher politischen Richtung sie angehören, sondern ob sie Befähigung besitzen, diesen Posten auszufüllen. Es wurden einstimmig gewählt die Kollegen Robert Hutschenswäuser (Eisenhof), Giesel (Aue), Karl Fröhlich (Wockau), Prosch (Niederjähle), Merzsching (Hundshöbel).

Zu Punkt 2 referierte Kollege Lorenz über die Beschlässe des Verbandstages. Er berichtete hauptsächlich die Erhöhung der Beiträge vom 1. Oktober 1920 an und die abgeänderten Unterstützungssätze, welche eine Erhöhung von 100 bis 300 Prozent erreichen. Er legte den Anwesenden ans Herz, die noch fernstehenden dem Verband reiflos zuzustimmen, damit endlich das Ziel, was seit Jahren erstrebt wurde, erreicht wird: der Sozialismus.

Zu Punkt 3 spricht Kollege Lorenz über Inkraftsetzen der Musterarbeitsordnung vom 1. Oktober 1920 an, daß aber dieser Termin unbedingt hinausgeschoben werden müsse.

Weiter wurde zur Papierarbeiter-Konferenz in Chemnitz Stellung genommen. Als Delegierte wurden für die Gruppe Papier- und Holzstoff die Kollegen Wilhelm (Saarer), Kahlert (Witzenfels), Prosch (Niederjähle) und für die Gruppe Pappen Leistner (Hundshöbel) gewählt.

Kollege Lorenz verlas ein Schreiben von der Zahlstelle Königsberg, wo die Kollegen im Kampfe gegen das Unternehmertum stehen, wonach sie hierzu eine Geldbewegung zu erhalten. Beschlossen wurde, 500 Mk. aus lokalen Mitteln der Zahlstelle Königsberg zu überweisen. Kollege Walter führte einige Beispiele an bei Anszählung der Unterstützungen, bei Abschreibung von Mandat, bei ausgeschiedenen Mitgliedern sowie das Einreden von Mitgliedsbüchern ausgeschiedener, wodurch unübliche Kosten entstanden und Zeit vergeudet wurde. Er legte den Hilfsapparaten nahe, daß die Kollegen das beherrigen. Mehrere Kollegen haben den Wunsch des Kollegen Walter respektiert und auf das Jahrgeld verzicht. An der Aussprache beteiligten sich noch mehrere Kollegen im Sinne des Referenten.

Mit einem kräftigen Schlußwort und Dank für das zahlreiche Erscheinen, namentlich gemeinsam an die praktische Arbeit zu gehen, schloß der Kollege Lorenz die Konferenz.

Sohn-Diesdorf. Die Aussperrung auf den Farbenfabriken von Leberhausen. Am 9. August hatte die Direktion der Farbenfabriken durch Bekanntmachungen in der Fabrik und vor den Eingängen der Fabrikare verhängt, daß durch die Vorkommnisse am Sonnabend es nicht mehr möglich sei, den Betrieb regelrecht fortzuführen zu können und deshalb die gesamte Arbeiterzahl entlassen sei. Durch eine Verordnung der Betriebsbehörde mußte für die Anrechtserhaltung der Kustandsarbeiten Sorge getragen werden. In der Bekanntmachung werden die Arbeiter namentlich aufgefordert, die die Kustandsarbeiten verrichten müssen. Die Direktion legte der Arbeiterzahl passiv Stellung zur Last und sah darin eine gesetzliche Handhabe, die Arbeiterzahl entlassen zu können. In einer am Montag abgehaltenen Betriebsversammlung, die von über 10.000 Personen besucht war, wurden die Gewerkschaften mit dem Arbeiterrat beauftragt, in Verhandlungen mit der Direktion einzutreten. Die Delegation stellte sich geschlossen hinter die Gewerkschaften und der Arbeiterrat sprach diesen Körpergefechten einstimmig das Vertrauen aus. Die sofort angenommenen Verhandlungen mit der Direktion führten zu folgender Erklärung, die von jeder der Direktion der Gewerkschaften übergeben wurde.

Erklärung.

1. Die aus dem Antrag unseres Vorstandes ersichtlich ist, ist die Entlassung mit der Wirkung vom heutigen Abend an ausgesprochen. Wir sind nicht in der Lage, über den Umfang der Wiedereinstellung weder in positivem, noch in negativem Sinne eine Erklärung abzugeben. Wir laden den Betriebsausschuß zur weiteren Beschneidung dieser Angelegenheit auf morgen vormittag 11 Uhr.

2. Zu bezug auf die Garantien glauben wir den vorgezeichneten Weg zu beschreiten zu können, daß eine Entlassung anpassend erfolgt.

3. Wir erwarten, daß von den Arbeitervereinigungen der volle Einsatz auf die Arbeiterzahl ausgeht wird, daß die Arbeiter der verschiedenen Betriebe ihre Arbeit gewissenhaft leisten und seitens der Arbeiterzahl die Anweisung ihrer Leistungen in keiner Weise behindert werden.

Leberhausen, den 9. August 1920.

Die Direktion.

Am Dienstag, 10. August, wurden die Verhandlungen fortgesetzt, an denen außer dem Gewerkschaftsvorstand Herrwig, Wirth, Leberhausen, Ginter, Gies, Oger und Specht auch der Vertreter des Hauptverbandes von Leberhausen Herr Dr. Gans, Kollege Haupt, teilnahmen. Die Verhandlungen führten zu außerordentlich günstigen Ergebnissen. Die Direktion erklärte, daß die Garantie der Gewerkschaften für die Entlassung der Arbeiter, die angeblich schwere Disziplinverstöße begangen hätten, nicht wieder zur Einstellung kommen sollten. Auch den Gewerkschaften wurde nur die Möglichkeit angedeutet, die als unannehmbar betrachtet werden mußten. Man versuchte, alle Fragen, die vor der Konferenz mehr oder weniger Schwierigkeiten bereitet hätten, nun auf einmal einer Lösung zuzuführen. Mit äußerster Hastigkeit verlangte die Firma, daß über die Entlassung der Arbeiter folgende kurzgefaßte Erklärung zu treffen sei:

Das Werk ist bereit, seinen Betrieb in vollem Umfange wieder aufzunehmen, jedoch können diejenigen Leute, welche im Verlauf der letzten Ereignisse sich eines schweren Vorwurfs gegen die untergeordneten Sachverständigen und Betriebsführer, insbesondere auch gegen die Betriebsführung, schuldig gemacht haben, nicht wieder eingestellt werden.

Diese offene Angelegenheit mußten die Organisationen ablehnen. Sie verlangten, daß ohne jede Ausnahme die Einstellung der gesamten Arbeiterzahl zu erfolgen habe. Nach längeren Verhandlungen legte die Direktion eine abgemilderte Fassung vor, die aber nur in veränderter Form zur Annahme brachte, daß eine Anzahl von Arbeitern nicht wieder eingestellt werden sollten. Die Gewerkschaften mußten darauf bestehen, daß in ihrer Zustimmung nicht dazu geben, daß in der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage die Einstellung der gesamten Arbeiterzahl zu erfolgen habe. Diese Forderung verlangte, müge man erst eingehend prüfen, genau abwägen, um zu einem abschließenden Urteil zu kommen. Was jetzt die Direktion beantragt, kann einer Prüfung unterliegen und die besonderen Umstände müssen wohl gewürdigt werden. Es kam dann am Ende um 10 Uhr über alle angeführten Fragen mit dem gesamten Betriebs- und Arbeiterrat gegen zwei Stimmen folgende Erklärung zustande:

Kapitel zur Wiedereinstellung der Arbeiter.

1. Es wird anerkannt, daß die Direktion der Farbenfabriken, da sie sich unter Zwang und Furchung gesetzt hat, auf Grund des § 123 des F. G. B. zur Wiedereinstellung ihrer Jugendschicht betriebsgewöhnlicher Beschäftigter verpflichtet ist.

2. Es wird ausdrücklich festgestellt, daß alle bewusste Zurückhaltung der Arbeiterzahl anerkannt werden können Betriebsrat, Betriebsausschuß, Arbeiterrat und die an dem Tarifabschluß oder sonstigen Verhandlungen beteiligten Gewerkschaften. Die Arbeiterzahl verpflichtet sich, für schmerzhafteste Annahme und persönliche Durchführung der Arbeiter mit angemessener Prüfung Sorge zu

tragen und nur den Maßnahmen des Betriebs- oder Arbeiterrats im Einverständnis mit den gewerkschaftlichen Organisationen Folge zu leisten.

In Hinsicht auf die bei einem Teil der Arbeiterzahl zutage tretende Unzufriedenheit und die noch herrschenden Unklarheiten über Angelegenheiten, die zum Teil in gesetzlichen, zum Teil in reichstatarischen Bestimmungen bereits festgelegt sind, wird grundsätzlich Übereinstimmung in folgenden Punkten festgestellt:

a) Da auf Grund des § 8 des Reichstataris der Abschluß von Abord-Verträgen und anderen Verträgen über Mehrleistungen nicht grundsätzlich abgelehnt werden kann, wird die Arbeitervertretung ernstlich bemüht sein, die Form, Anwendung und Durchführbarkeit der Abordarbeit für alle Betriebe und Werkstätten in gemeinsamer Beratung mit den Gewerkschaften und der Betriebsleitung nachzuprüfen.

b) Die Einstellung erfolgt unter der Voraussetzung, daß in einer Resolution der entscheidenden Arbeiterversammlung die Zustimmung zum Ausdruck kommt, daß jeder Wiedereinstellende die volle Übereinstimmung mit den Richtlinien Lundzutun hat. Die Arbeiter erhalten bei der Aufnahme der Arbeit ein Exemplar dieser Richtlinien, die als ein Bestandteil des Arbeitsvertrages gelten. Den Empfang der Richtlinien bestätigen sie durch Unterschrift.

Das Werk ist bereit, seinen Betrieb in vollem Umfange unter Wiedereinstellung aller Arbeiter aufzunehmen. In Anbetracht und unter Anerkennung dessen, daß nach der allgemeinen Schließung der Fabrik die gewerkschaftliche Disziplin im großen und ganzen sich gut durchgeführt hat, verzichtet die Betriebsleitung darauf, auch bei denjenigen Arbeitern die Entlassung aufrecht zu erhalten, welche sich in den letzten Tagen schwer vergangen haben. Sie wird jedoch diese Fälle unter Mitwirkung von Vertretern des Arbeiterrates eingehend untersuchen und den Gewerkschaften die Namen und das Material zur weiteren Veranlassung übergeben. Diejenigen Leute, welche sich in Zukunft eines Vorstoßes gegen die maßgebenden Vorschriften und Vereinbarungen, insbesondere auch gegen die Betriebsführer schuldig machen, werden zur Rechenschaft gezogen und können wieder von Betriebsrat, noch von den Gewerkschaften gehalten werden. Die Fabrik wird für die Arbeit am nächstfolgenden Tage geöffnet, sobald die Betriebsleitung am Vortage bis 6 Uhr abends die Zustimmung der Arbeiterzahl zu den vereinbarten Grundlinien gegeben ist. Die Mitglieder des Arbeiterrates werden sich an einer Betriebsversammlung beteiligen lassen, daß sie das volle Vertrauen der Arbeiterzahl besitzen.

Vorstehende Vereinbarung tritt unter der Voraussetzung in Kraft, daß auch die Arbeiterzahl des Betriebsamtes Chemnitz Fabrik Fall von jeder tarifwidrigen Haltung Abstand nimmt und ordnungsgemäß arbeitet.

Leberhausen, den 10. August 1920.

(Folgen Unterschriften.)

In diesen Richtlinien nahm am 10. August die Delegation in einer Versammlung im Garten des Erholungshauses Stellung, an der mehr als 10.000 Personen teilnahmen. Die aufgestellten Richtlinien wurden gegen 150 Stimmen angenommen. Die Resolution hat folgenden Wortlaut:

Die Arbeiterzahl der Farbenfabriken erklärt sich mit den von der Direktion einerseits und dem Betriebsausschuß und den Gewerkschaften andererseits getroffenen aufgestellten Richtlinien einverstanden. Sie ist bereit, die Arbeit am morgigen Tage zur gewohnten Zeit und am gewohnten Platz mit den alten Rechten aufzunehmen. Die Arbeiterzahl beauftragt die Organisationsleitungen, alles daranzusetzen, um den geforderten Tarif zum schnellen Abschluß zu bringen, damit die augenblickliche schwere Notlage der Arbeiterzahl gebessert wird. Die Arbeiterzahl spricht dem Arbeiterrat ihr volles Vertrauen aus und beauftragt diesen, auch ferner in der bisher gewohnten Weise mit der Direktion zu verhandeln.

Leberhausen, den 11. August 1920.

Der Arbeiterrat.

Der Betriebsrat.

gez.: Mügge.

gez.: Buchmann.

Damit ist die Bewegung beendet und der Weg gewiesen, bei den kommenden Tarifverhandlungen in geschlossener Einigkeit die im Reichstatarvertrag vorgesehenen Forderungen einzufordern, um in der Steuerfrage einen Ausgleich zu schaffen. Mit einem begeistert angenommenen Beschluß über die freie Gewerkschaftsbewegung wurde die Tagesversammlung geschlossen.

(Die Tarifverhandlungen sind inzwischen zum Abschluß gekommen. D. Red.)

Kösel (D. Schl.) Schon in den wenigen Tagen, seit die Verberätigkeit eingeleitet, haben wir große organisatorische Fortschritte in der Papierfabrik zu verzeichnen. Wenn es gewählten Kollegen in weiter arbeiten, so werden wir in kurzer Zeit unser gesetztes Ziel erreichen. Und wenn die ganze Arbeit geleistet ist, dann werden wir auch die Früchte unserer Arbeit genießen können. Unsere Vertrauensleute müssen sich der neuen Zeit noch besser anpassen. Sie müssen denken: Das die Arbeiterzahl anderer Orte, anderer Betriebe vollbracht hat, muß uns auch möglich sein. Mögen die Christlichen helfen. Es soll uns wenig kümmern, ob sie recht viel Schickens von uns reden, ob sie unsere Organisation und unsere Bestrebungen in den schwarzen Farben malen. Gerade dieses Herunterreden sollte unseren Mitgliedern zu denken geben. Wenn sie uns bekämpfen, so ist dieses ein Zeichen dafür, daß sie uns fürchten. Trotz aller ihrer Mühe können sie nicht verhindern, daß in der Arbeiterzahl Oberjochens und auch in unserem Orte immer mehr und mehr der Gedanke Platz greift: die beste Vertrauensleiter unserer wirtschaftlichen Interessen ist der Arbeiterverband Deutschlands. Darum, frisch und frohlich voran. Treue Lüge und Bosheit der anderen. In unserem Besten und zum Nutzen der gesamten Arbeiterzahl!

Südenberg. Unsere Zahlstelle hielt am 19. August ihre Mitgliederversammlung ab. Die Zahlstellenkonferenz in Berlin wurden die Kollegen Götz, Söhl und Wilmanns gewählt. Die Forderung wurde von uns bis nach der Berliner Konferenz. Als Korrespondent wurde die Kollege Kötter gewählt. Nach lebhafter Debatte wurden die Beiträge im betriebl. 50 Pf. Volbeitrag auf 3 Mk. für die 1. Klasse, 2,50 Mk. für die 2. Klasse und 1,50 Mk. für weibliche Mitglieder erhöht. In Leipzig sind nur 30 Pf. Volbeitrag enthalten. Kollege Gumbach berichtete über die Verhandlungen mit dem Transparenzverband und dem Verband der Gemeindefabrikanten, welche Anknüpfung an die Stelle des Fabrikarbeiterverbandes. In die Stellezeit werden auch Kinder vom letzten Jahre an aufgenommen. Es wurde dann noch beschlossen, eine Forderung anzusetzen für die fühlenden Arbeiter in Königsberg wurden als erste Forderung 150 Mk. bewilligt. Der Vorsitzende teilte nach dem Todefall der Kollegin Kerner mit, daß in der gebührenden Weise von der Beerdigung geteilt wurde. Der Familie der Verstorbenen sind aus der Stellezeit 500 Mk. ausbezahlt worden. Mit einigen anderen Worten, wie zum Besonderen und zu unsern Führern zu gehen, schloß der Vorsitzende mit einem begeisterten Beschluß die Versammlung um 10 1/2 Uhr die Versammlung.

Zeidler. Die Untergruppen-Konferenz u. Co. produzierte sich in zwei vom Fabrikarbeiterverband einberufenen öffentlichen Versammlungen, am 28. August in Gohlis zur Krone in Marienhal und am 29. August in Gohlis zur Krone. Nach einem wirkungsvollen Referat des Kollegen Stummig aus Mügeln über das Thema „Gewerkschaft oder Union“ sprach Herr Krone, eines Zeidlers mitwählender Betriebsrat im Gohliser Fabrikarbeiterverband, das Podium. Anknüpfung an den gewerkschaftlichen Kampfgeist, der sich wie ein Vulkan aus dem Gohliser Arbeiter hervorgeht, wurde von dem Zeidler in würdevollen und gewinnenden Schimpfen. Nach einer oberflächlichen Aufzählung des gewerkschaftlichen Kampfes wurde dann und auch auf dem neuesten Wege in den Ort getreten werden. Sein Alibi-Mittel ist die Laub der Union. Wir können uns des Gedankes nicht erwehren, daß es persönliche Gerechtigkeit ist und nicht überzogenster Idealismus. Daher sprechen wir auch keine Entschuldigungen gegen die Gewerkschaftsbewegung. Die Union hat die Verantwortung, die Union braucht keine Helfer für Führer anzusetzen, mit der Laub der Union, daß man dem Angehörigen Feldner aus Berlin für seine langjährige Anwesenheit in Zeidler nicht weniger als 450 Mk. bezahle? Krone erklärte ganz scharf, mit seiner 1 1/2-jährigen Schimpfperiode und Forderungsbekämpfung des Fabrikarbeiterverbandes war er glücklich zu haben. Dem zweiten Redeschick müssen wir entgegen, daß als

Clown in einem Zirkus anstellen zu lassen. Als Redner über ernste Dinge hat er seinen Beruf verfehlt. In der Versammlung am Sonntag in Gohlis hatte Herr Kramer die am Sonnabend angekündigten schweren Gesetze auffahren lassen, die aber in ihrer Wirkung völlig versagten, denn unser Kollege Stummig verband es vortrefflich, sie in aller Ruhe wirksam abzutun.

Verbandsnachrichten.

Die Zahlstellenleitungen werden ersucht, die Schlußberichte über alle im laufenden Berichtsjahre abgeschlossenen Lohnbewegungen und Streiks sofort an den Vorstand einzusenden. Berichtsformulare sind anzufordern. Von abgeschlossenen Tarifverträgen ist die Abschrift, wenn möglich, in sechs Exemplaren, einzusenden. Quittungslisten über ausgezahlte Streikunterstützung sind nebst Wochenbericht sofort nach erfolgter Auszahlung an den Vorstand einzusenden, auf keinen Fall erst mit der Quartalsabrechnung.

An die Zahlstellenleitungen.

Der Vorstand hat zu den am 1. Oktober in Kraft tretenden Verbandstagesbeschlüssen ein Flugblatt in Druck gegeben. Verteilungen hierauf sind uns einzusenden. Der Vorstand.

Vom 27. August an gingen bei der Hauptkasse folgende Beträge ein:

Sulgau 27,57	Sulgau 29,77	M. 100,—	Wittenberg 100,—
Entringen 600,50	Ziebingen 2969,28	Halbe a. S. 300,—	Gödenau 500,—
Gödenau 400,—	Stuttgart 11.000,—	Barel 5000,—	Gödenau 200,—
Gödenau 500,—	Stolz i. P. 2000,—	Wschaffenburg 5000,—	Güstrow 1500,—
Breslau 37 465,37	Zeitzig 15 000,—	Münchrig 4000,—	Schneidemühl 2000,—
Neubredum 5000,—	Bonn 2010,—	Geinsberg 1000,—	Dnabrüd 2500,—
B. 8,—	Stadenhagen 1000,—	Chemnitz 30 000,—	Geschtacht 3000,—
Reyl 1000,—	Ladenburg 1000,—	Schötmor 1000,—	Waldenburg 297,08
Barth 1000,—	Waldenburg 297,08	Waldenburg 297,08	Waldenburg 297,08
Waldenburg 297,08	Waldenburg 297,08	Waldenburg 297,08	Waldenburg 297,08
Waldenburg 297,08	Waldenburg 297,08	Waldenburg 297,08	Waldenburg 297,08

Schlutz: Donnerstag, den 2. September, mittags 12 Uhr.

Fr. Bruns, Kassierer.

Zustimmung zur Erhebung von Lokalbeiträgen

erhielten:

Zahlstelle	pro Woche für		Die Erhöhung tritt in Kraft am
	männliche Mitglieder	weibliche Mitglieder	
Borna a. Leipzig	50 Pf.	30 Pf.	1. Okt. 1920
Cöthen	50 "	30 "	"
Deffau	50 "	20 "	"
Düffeldorf	100 "	50 "	"
Hörsburg	100 "	50 "	"
Göppingen	50 "	50 "	"
Groß-Hauslingen	25 "	30 "	"
Halle a. d. Saale	50 "	30 "	"
Kahl a. W.	50 "	30 "	"
Klein-Hüden	50 "	50 "	"
Ladenburg (Waden)	75 "	50 "	"
Lebbin i. Pommern	50 "	20 "	"
Minden i. Westf.	100 "	50 "	"
Neuß a. Rhein	100 "	50 "	"
Neustadt a. d. S.	75 "	50 "	1. Sept. 1920
Penig	50 "	30 "	1. Okt. 1920
Radoburg	50 "	50 "	"
Rodach i. Koburg	50 "	50 "	15. Aug. 1920
Stade	50 "	30 "	1. Okt. 1920
Stuttgart	50 "	50 "	"
Wittenberg	50 "	50 "	"
Wittenberge, Bez. Potsdam	50 "	30 "	"
Zittau	50 "	50 "	"

Neue Adressen und Adressenänderungen.

- Gau 1.** Dultrow i. S. (Neue Zahlstelle.) 1. Bev.: August Plöz, Rudolfstr. 72b; 2. Bev.: Karl Ruz, Rudolfstr. 57b.
- Gau 3.** Dramenburg b. Berlin. 2. Bev.: Reinhold Reichenbach, Sägerstraße 2.
- Graunau (St. Flatow), Binde (St. Flatow), Krojanke, Flatow, Schneidemühl, Schönauke, Dt. Krone und Marl-Friedland** sind vom Gau 5 abgetrennt und jetzt dem Gau 3 angegliedert.
- Gau 4.** Ramin i. Pomm. 1. Bev.: Emil Santowski, Johannesstraße 369.
- Gau 7.** Chemnitz. Vom 25. September an befindet sich das Bureau Seumestraße 9, Ecke Nordplatz.
- Gau 11.** Dürschheim (Amt Billigen, Waden). (Neue Zahlstelle.) 1. Bev.: Johann Scholl, Maler. Ragold. 1. Bev.: Konrad Saier, Oberjettingen b. Herrensberg.
- Gau 14.** Neuß a. Rhein. Das Bureau befindet sich jetzt Glockhammer 54.
- Gau 15.** Odestoe. 2. Bev.: Wilhelm Behrens, Pferdemarkt 9.
- Gau 16.** Der Gau 16 umfaßt die Regierungsbezirke Münster und Arnberg i. Westf. sowie den Regierungsbezirk Düsseldorf. Der Gauß ist in Düsseldorf; Bureau: Gladbacher Straße 46; Telephon 12 611. Gauleiter: Paul Bahler.

Zahlstelle Chemnitz und Umgegend

sucht für 1. Oktober 1920 einen Hilfsarbeiter,

der noch Probezeit die Stelle eines 2. Agitationsleiters annehmen soll. Bewerber müssen eine fünfjährige Mitgliedschaft in unserer Organisation nachweisen können und agitatorische und organisatorische sowie rednerische Fähigkeiten besitzen. Der Bewerbung ist eine kurze Schilderung des Lebenslaufes sowie die Beantwortung folgender Fragen beizufügen:

1. Wie ist eine Zahlstelle am zweckmäßigsten auszubauen?
2. Das Betriebsratsgesetz und seine praktischen Anwendungen.

Bewerbungen sind unter der Aufsicht „Bewerbung“ an die Zahlstelle Chemnitz, Dresdener Straße 38, 3. Bd. Koll. Joh. Schönberr, bis zum 20. September einzusenden. [7,50 M]